

Keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung

Kulturforum: Vortrag von Prof. Johannes Heil über „Israel – 70 Jahre Demokratie“

Wiesloch. (aot)
„Die Zeit drängt, Israel muss eine Möglichkeit des Zusammenlebens mit den Palästinensern finden“, sagte der Rektor der „Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg“, Prof. Johannes Heil (Foto: Pfeifer),



der auf Einladung des Kulturforums Südliche Bergstraße im Alten Rathaus in Wiesloch den Vortrag „Israel – 70 Jahre Demokratie“ hielt.

Einem gemeinsamen Staat mit weitgehend selbstständigen Kantonen erteilte Heil eine Absage, die Grundeinstellungen seien zu unterschiedlich. Es gehe hier schließlich nicht nur um unterschiedliche Sprachen wie in der Schweiz. Für Heil gibt es keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung, sie würde sich, bei gutem Willen auf beiden Seiten, auch umsetzen lassen, die Vorschläge dazu lägen in der Schublade.

Einer wäre, die Palästinenser für ihre Landverluste zu entschädigen, wie es in Deutschland nach dem Krieg gegenüber den Vertriebenen geschehen sei. Schon allein die Korruption und die autoritären Strukturen auf palästinensischer Seite machten aber eine Verständigung schwierig. Und solange sich die Hamas die Vernichtung des israelischen Staats auf die Fahne geschrieben habe, könne es keinen Frieden geben.

Das kleine Land Israel von der Größe Hessens sei ein hoch entwickelter Industriestaat und stehe weltweit mit an der

Spitze im IT-Bereich. Es habe 2016 den höchsten Lebensstandard im Nahen Osten und den fünfthöchsten in Asien gehabt. Ein palästinensischer Staat als friedlicher Nachbar würde davon profitieren, genauso wie von den rechtsstaatlichen Strukturen, die er sich zum Vorbild nehmen könne.

Laut Prof. Heil ist Israel bereits seit seiner Gründung vor 70 Jahren ein demokratischer Staat, der einzige in der Region. Der Staatspräsident habe repräsentative Aufgaben, der Ministerpräsident werde vom Einkammerparlament, der Knesset, gewählt und vertrete die Regierung. Es gebe eine Vielzahl von Parteien, 120 seit der Gründung des Staats bis heute, deshalb müssten auch immer Koalitionen gebildet werden. Das Spektrum habe sich aber von anfangs „links“ im Lauf der Jahre immer mehr nach „rechts“ verschoben, so Heil. Ein wesentlicher Grund für die Vielzahl der Parteien sei die Zusammensetzung der Bevölkerung. Von den 8,3 Millionen Einwohnern sind 6,1 Millionen Juden und 1,7 Millionen Araber. Neben den beiden großen Volksgruppen gibt es auch Beduinen, Christen, Drusen, Aramäer, Samaritaner, Armenier, Tscherkessen und Roma, außerdem asiatische Arbeitsmigranten und Asylbewerber aus Afrika. Auch die Juden selbst spalteten sich wieder in zahlreiche Gruppen und Untergruppen auf.

Die Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahr 1948 nehme den Rang einer Verfassung ein, erklärte Heil. Darin wird „all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt. Es wird Glaubens- und Gewissensfrei-

heit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleistet.“ Darüber hinaus bejahen man die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, in der die Menschenrechte garantiert sind.

Obwohl Israel ein jüdischer Staat sei, seien auch die anderen Religionen mit vielen Rechten ausgestattet. So wird die Familien-Gerichtsbarkeit im Fall einer Scheidung und was Elternrechte angehe von Religionsgerichten ausgeübt, sodass es durchaus sein könne, dass in einem arabischen Dorf in Israel die Scharia angewandt werde. Heil konnte keine Auskunft darüber geben, wie mit religionslosen Paaren verfahren wird.

Israel ist auch der einzige Staat, der sich nicht aus der Region heraus entwickelt hat, sondern durch einen Uno-Beschluss völkerrechtlich legalisiert wurde. Dieser sah einen jüdischen und einen palästinensischen Staat nebeneinander vor und die Internationalisierung Jerusalems. Dass dieser Beschluss von den Nachbarstaaten nicht anerkannt und Israel vom ersten Tag der Staatsgründung an bekämpft wurde, habe, so Heil, zu den drei großen Kriegen mit ihren Territorialerweiterungen geführt – auch zur ständigen Verteidigungsbereitschaft bis zum heutigen Tag.

Heil hatte eingangs sehr ausführlich erklärt, wie es überhaupt zur Idee eines eigenen Landes für Juden kam und welche Hürden zu überwinden waren, bis es endlich so weit war. Bei der anschließenden Diskussion legten die Zuhörer aber den Schwerpunkt auf die aktuelle Politik und diskutierten darüber mit dem Referenten angeregt, engagiert und doch sachlich – sehr zur Freude des Diskussionsleiters Gert Weisskirchen.